

**Schleswig-Holsteinischer Landtag** □  
**Umdruck 16/1982** □  
**(neu)**

DGB Bezirk Nord • Besenbinderhof 60 • 20097 Hamburg

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Wirtschaftsausschuss

Per E-Mail:  
wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

Abteilung  
Beschäftigungspolitik

Unsere Zeichen  
ud  
Alt+E+N

**Deutscher  
Gewerkschaftsbund**

**Bezirk Nord**

Besenbinderhof 60  
20097 Hamburg

Telefon: 040/2858-217  
Telefax: 040/2858-229

**Helmut Uder**  
email: helmut.uder@dgb.de

Mitarbeiterin  
**Anja Plewig**  
email: anja.plewig@dgb.de

Datum  
30.04.07  
*Bitte Datum sechsstellig lassen!*

*Betreff*

**Trennung von Stromerzeugung und Leitungsnetz**

*Anrede*

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren!

*Text*

Bezüglich Ihrer Anfrage zum Thema „Trennung von Stromerzeugung und Leitungsnetz“ möchte ich Sie auf die entsprechenden Stellungnahmen und Erklärungen unserer beiden Gewerkschaften – IG Bergbau, Chemie, Energie IG BCE und ver.di – verweisen.

Ausführliche Informationen zum Thema finden Sie bei beiden Gewerkschaften im Internet; bei IG BCE unter den Brancheninfos Elektrizitätswirtschaft und bei ver.di im Bereich Ver- und Entsorgung/Energiewirtschaft.

Mit der Briefpost übersende ich Ihnen heute einige ausgewählte Informationen der beiden zuständigen Fachgewerkschaften.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir uns als regionale, norddeutsche Organisation mit diesem bundesweiten Thema nicht so vertiefend beschäftigt haben, dass wir Ihnen eine wirklich fachkundige Stellungnahme zuleiten können. Hier sind unsere beiden genannten Gewerkschaften, die die Arbeitnehmer/innen in diesen Branchen vertreten, dichter am Thema.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Helmut Uder



# Brancheninfo: Elektrizitätswirtschaft

Informationen der IG BCE Industriegruppen  
Abteilung Wirtschaftspolitik und Industriegruppen

## Möglichkeiten und Grenzen der Anreizregulierung bei Strom- und Gasnetzen

Strom- und Gasnetze sind ökonomisch natürliche Monopole. Da insofern kein üblicher Wettbewerb funktionieren kann, müssen sie nach der vorherrschenden Meinung aus Effizienzgründen und zur Verhinderung von Marktmacht etc. mit den daraus resultierenden negativen Konsequenzen für die Verbraucher staatlich reguliert werden. Ein Ansatz ist dabei die so genannte Anreizregulierung. Dabei soll ein Regulator den Netzbetreibern gezielte Anzelelemente setzen. Nach dem derzeitigen Diskussionsstand dürften bis zum Sommer die entsprechenden Beschlüsse des Kabinetts, die anschließenden Gespräche mit den Ländern und die Beschlüsse des Bundesrates erfolgen. Die IG BCE führt die Diskussion mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu sichern und die Netzunternahmen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit kostenmäßig nicht zu überfordern. Dazu setzt sich die IG BCE ein für:

- eine effizienzunabhängige Schranke bei den Kostensenkungsvorgaben
- den Vorrang einer bestimmbaren Schadensersatzregelung in der ersten Anreizperiode gegenüber einem nur unzureichend definierten Qualitäts-Faktor und
- Investitionsanreize für die Unternehmen.

In der historischen Entwicklung der Festlegung der Netznutzungsentgelte in Deutschland wurden bis 1998 die Netznutzungsentgelte zusammen mit anderen Kostenbestandteilen durch die Preisaufsicht der Länder kontrolliert und genehmigt. Nach der Öffnung der leitungsgelassenen Energiemärkte für den Wettbewerb und einhergehend mit der Deregulierung der Branche wurde dieser Ansatz ab 1998 durch die so genannten Verbändevereinbarungen I, II und II+ abgelöst. Dabei wurden zwar die Grundzüge der bisherigen regulatorischen Ansätze beibehalten, nun aber unmittelbar und selektiv auf die Netze angewandt.

Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie 2003/54/EG im Jahre 2005 endete auch diese Variante der Regulierung und wurde ersetzt durch eine staatliche Regulierung durch die Bundesnetzagentur. Diese kostenorientierte Entgeltbildung berücksichtigt grundsätzlich nur solche Kosten, die sich auch im Wettbewerb einstellen würden. Dazu wird durch die Regulierungsbehörde ein Vergleichsverfahren durchgeführt:

Die (quasi genehmigten) Kosten für einen effizienten und vergleichbaren Netzbetreiber müssen einen entsprechenden Anreiz für eine möglichst günstige Leistungserbringung bilden. Parallel erfolgt eine dem Risiko entsprechende Verzinsung des eingesetzten Kapitals.

Dieser Ansatz ist im vergangenen Jahr durch die Bundesnetzagentur verfolgt worden und hat teilweise zu erheblichen Kosten bzw. Erlösminderungen geführt. Es wird eine weitere Runde dieser kostenorientierten Regulierung bis zum Einsetzen der Anreizregulierung erwartet.

Deutschland stellt mit rd. 1.500 Netzbetreibern (Strom u. Gas) hohe Ansprüche an die Ausgestal-

tung der Regulierung. Die Bundesregierung hat sich deshalb entschieden, die Möglichkeiten des EnWG zu nutzen und ab 2008/2009 die Kostenregulierung durch eine Anreizregulierung zu ersetzen, die ein so genanntes „schlankes Modell“ der Regulierung darstellen soll. Grundsätzlich beinhaltet es definierte Effizienz- und Effektivitätsvorgaben und Kappungsgrenzen für Erlöse oder entsprechende Entgelte.

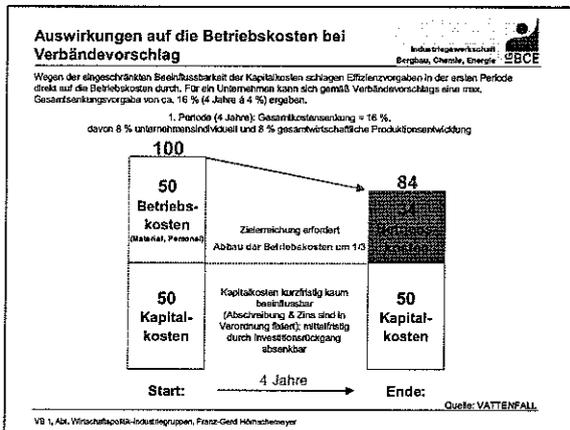
Das EnWG enthält eine Vielzahl von Vorgaben für die Anreizregulierung. In der entsprechenden Rechtsverordnung sind insbesondere folgende Elemente für die Anreizregulierung zu berücksichtigen:

1. „die Strukturkriterien und deren Bedeutung für Effizienzvorgaben,
2. die Anforderungen an Gruppenbildungen für Übertragungsnetzbetreiber und Verteilungsnetzbetreiber,
3. Mindest- und Höchstgrenzen für Effizienz- und Qualitätsvorgaben und Regelungen für den Fall einer Unter- oder Überschreitung,
4. Voraussetzungen für die Anpassung von Obergrenzen innerhalb einer Regulierungsperiode auf Antrag der Netzbetreiber abweichend vom Entwicklungspfad,
5. die Berücksichtigung der Inflationsrate,
6. die Zuverlässigkeit einer Methode zur Ermittlung von Effizienzvorgaben,
7. dauerhafte oder vorübergehende nicht beeinflussbare Kostenanteile,
8. Begünstigung von Investitionen zur Verbesserung der Versorgungssicherheit,
9. Zuverlässigkeitskenngrößen für den Netzbetrieb,

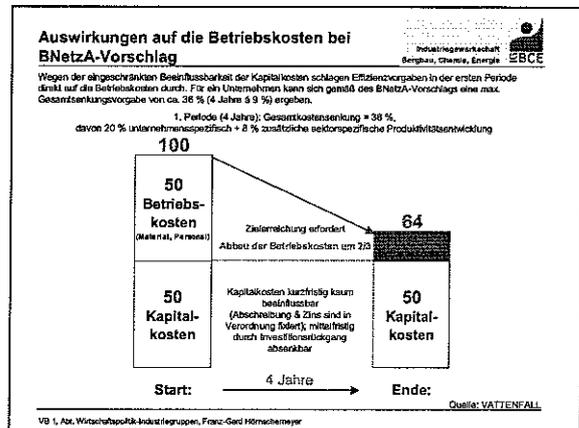
10. die Datenerhebung durch die Regulierungsbehörde.“

Quelle:  
Anreizregulierung für Beschäftigung und Netzinvestitionen DIW Berlin/Forschungsvorhaben HBS

Die bisherigen Diskussionen zwischen BMWi, der Branche und der IG BCE haben noch erhebliche Unterschiede in den jeweiligen Auffassungen erkennen lassen. Die Branche selbst hat einen Vorschlag eingebracht, der eine Gesamtproduktivitätssteigerung von max. 4 % p.a. unterstellt. Da sich nach allgemeiner Ansicht die Gesamtkostenabsenkung nicht auf die Kapitalkosten auswirken wird, die idealtypisch mit rd. 50 % angegeben werden, müsste die sie dann im Bereich der Betriebskosten erfolgen. Diese Betriebskosten wiederum setzen sich zu einem wesentlichen Teil aus Personalkosten zusammen (s. Graphik 1 u. Tabelle 1):



Die Bundesnetzagentur hat einen Diskussionsansatz ausgearbeitet, der unter Umständen dazu führt, dass bis zu 9 % der jährlichen Kosten reduziert werden müssten.



Solche Vorgaben der Bundesnetzagentur müssen Einschnitte in wesentliche Personal- und Tarifbereiche befürchten lassen.

Zugleich ist zu berücksichtigen, dass bei Einsetzen der Anreizregulierung schon zwei Kostenregulierungen durchgeführt wurden. Allein die letzte Kostenregulierung hat im Durchschnitt zu einem Rückgang von ca. 14 % der beantragten Kosten geführt. Insofern erwartet die IG BCE, dass es keine weiteren erheblichen Spielräume zu Kostensenkungen bei der Masse der Netzbetreiber geben wird. Daher setzt sich die IG BCE für die folgenden Eckpunkte ein:

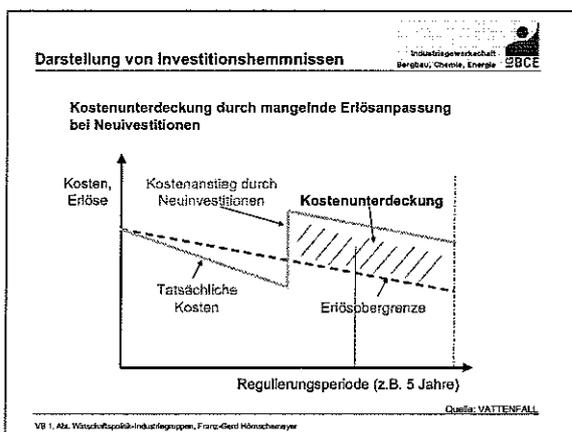
Tab. 1 Kostenstellenrechnung für den Netzbetrieb (Strukturen)

Kalkulatorische Abschreibungen	14 %
Kalkulatorische Eigenkapitalverzinsung	13 %
Zinsaufwand	3 %
Ertragsunabhängige Steuern	0 %
Gewerbesteuer	3 %
Sonstige Kosten	6 %
Strombezug Diff.-Bilanzkreis Netzverluste	3%
Strombezug Diff.-Bilanzkreis Lastprofile	2 %
Netzentgelte vorgelagerter Netzbetreiber	26 %
Übriger Aufwand für Material und Fremdleistungen	6 %
Personalaufwand	24 %

Quelle: DIW/HBS

Anmerkung:  
Bezogen auf die Betriebskosten müssen aus dieser Übersicht der Personalaufwand sowie der übrige Aufwand als Betriebskosten und die Abschreibungen und die Eigenkapitalverzinsung als Kapitalkosten bewertet werden. Daraus leitet sich dann etwa die Verteilung von 50 % Kapitalkosten und 50 % Betriebskosten ab.

1. Es muss eindeutig, nachvollziehbar und transparent sichergestellt werden, dass die Anreizregulierung nur solche Rahmendaten setzt, die sowohl eine Zielerreichung als auch das Übertreffen von Regulierungsanreizen für die Unternehmen gewährleisten.
2. Um eine Überforderung der Unternehmen in der ersten Phase der zu vermeiden, ist das Festlegen einer maximalen Absenkungsvorgabe (Schrankenfunktion) ohne Berücksichtigung eventueller vorhandener Effizienzreserven in die Anreizregulierung einzubeziehen.
3. Damit auch in der jeweiligen Regulierungsperiode ein Investitionsanreiz gegeben ist, ist eine Erlösanpassung bei Kostenunterdeckung durch Neuinvestitionen innerhalb der Periode durch eine Integration eines Kapitalkostenausgleichs erforderlich.



Die konkrete Ausgestaltung dieser Investitionsanreizregelung könnte aus bestehenden Richtwerten sowie den entsprechenden Ansätzen aus der Strom NEV abgeleitet werden.

4. Die IG BCE sieht derzeit es als sinnvoll an, auf einen so genannten Qualitätsfaktor, der über die gesetzlichen Vorgaben hinausgeht, zu verzichten. Dieser so genannte Q-Faktor würde nach derzeit eher zu zusätzlichen Kostensenkungsvorgaben und damit zu Nachteilen für die Netzgesellschaften und die dort Beschäftigten führen. Deshalb sollte in der ersten Phase der Netzregulierung ohne speziellen Q-Faktor, aber mit angemessenen Rückzahlungen an Kunden gearbeitet werden, die messbar eine qualitativ schlechtere Leistung (Stromausfall etc.) erhielten.
5. Insbesondere für die ostdeutschen EVU ist zu berücksichtigen, dass teilweise durch Absiedlung zusätzlicher Aufwand bei den Unternehmen entsteht, denen kein entsprechend höherer Umsatz bzw. Erlöse gegenüber stehen. Da diese Kosten aus Sicht des betroffenen Unternehmens nicht beeinflussbar und unabwendbar sind, müssen sie vollständig berücksichtigt werden. Ähnliches gilt für Kosten, die aus EEG und KWK erwachsen könnten.

In einem Gutachten für die Hans-Böckler-Stiftung zur Anreizregulierung kommen das DIW und die beteiligte E&E Consult GbR zu folgenden Resümee:

„Die Anreizregulierung wird in vielfacher Hinsicht einen Rationalisierungsdruck auf die Netzbetreiber entfalten, der auch zum Beschäftigungsabbau im Netzbereich führen wird. Dieser Abbau lässt sich durch die Berücksichtigung geeigneter Strukturmerkmale beim Effizienzvergleich sowie geeigneter Qualitätskennziffern im Rahmen eines Bonus-Malus-Systems sinnvoll lenken, gänzlich verhindern lässt er sich nicht“.

Die IG BCE wird sich dieser Herausforderung stellen und ihren Beitrag sowohl im Sinne der Kunden als auch der Netzgesellschaften und ihrer Beschäftigten leisten.

Ansprechpartner bei der IG BCE:

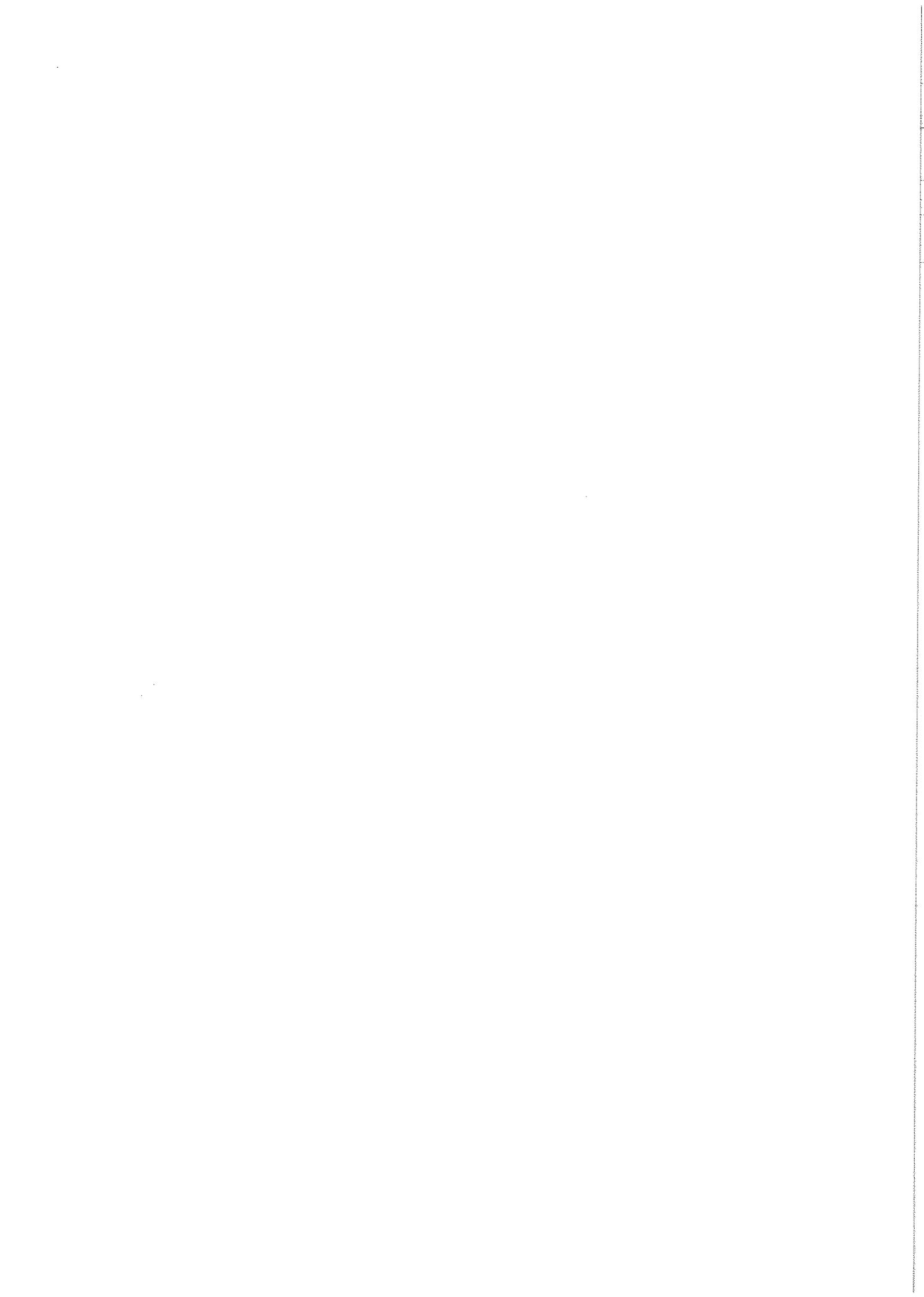
Text: Franz-Gerd Hörnschemeyer

Tel. 0511-7631-257

E-Mail: franz-gerhard.hoernschemeyer@igbce.de

Weitere Infos: www.igbce.de

Stand: Februar 2007





## Ver- und Entsorgung

verdi.de :: ver-und-entsorgung / Energiewirtschaft / Energiepolitik / Demonstration am 7. Februar 2007 in Berlin / Rede von Frank Bsirske

**DEMONSTRATION AM 7. FEBRUAR 2007 IN BERLIN**

### Rede des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

**am 7. Februar 2007 in Berlin**

*- Es gilt das gesprochene Wort! -*



25.000 Beschäftigte aus allen Teilen der deutschen Energiewirtschaft hier in Berlin zu sehen – das ist nicht nur ein eindrucksvolles Bild, sondern es ist auch ein klares und deutliches Signal. Ein Signal, das zeigt, wie sehr das zentrale Motiv unserer Demonstration die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen der Energieversorgungsunternehmen beschäftigt:

#### **Energiewirtschaft in Deutschland erhalten!**

Ja, das ist unser gemeinsames Anliegen! Ihm Aus- und Nachdruck zu verleihen, sind wir heute hier zusammen gekommen. Dabei wissen wir um die vielfältigen Bezüge, in denen der Energiesektor steht. Da geht es um Arbeitsplätze und um Arbeits- und Entlohnungsbedingungen; es geht aber auch um Strompreise und Renditen, es geht um

Standortbindung stromintensiver Industrien; es geht um Einnahmen für die Haushalte und es geht um Klimaschutz.

Ende letzter Woche hat der Klimarat der Vereinten Nationen seinen Bericht zum Klimawandel vorgelegt. Die Ergebnisse der 2.500 Forscher, die an diesem Bericht beteiligt waren, sind dramatisch. Die Welt muss sich auf mehr Dürren und Hitzewellen, Überschwemmungen und Wirbelstürme gefasst machen. Die Meeresspiegel dürften um bis zu einem Meter ansteigen. Es bestehen keine ernsthaften Zweifel mehr: Die globale Erwärmung wird vor allem durch die Verbrennung kohlenstoffhaltiger Brennstoffe, wie Öl, Kohle und Gas ausgelöst.

Kolleginnen und Kollegen,

der Bericht muss aufrütteln. Er macht zugleich klar: Wir werden das Problem nur global lösen können (und wenn zugleich jeder bei sich selbst beginnt). Und daher ist es allerhöchste Zeit, ein neues Weltabkommen zur Reduzierung von Treibhausgasen auf den Weg zu bringen.

Wir brauchen starke Emissionsminderungen der Industriestaaten und Anreize für Entwicklungsländer, ihren Ausstoß an Treibhausgasen ebenfalls zu reduzieren.



Globales Handeln und das Handeln vor Ort stehen dabei nicht im Widerspruch. Beides ist notwendig. Es ist richtig, dass Europa und Deutschland sich ihrer Verantwortung stellen und voran gehen. Es ist gut, dass aus der Politik gesagt wird: Wir stehen zu unseren nationalen Klimaschutzzielen und den gegenüber der EU eingegangenen Verpflichtungen. Dies bedeutet allerdings – und auch das gehört herausgestellt – dass wir mehr als 75 Prozent der Minderungslasten der EU-15-Staaten beziehungsweise über 60 Prozent der EU-25-Staaten tragen.

Wenn wir vor diesem Hintergrund auf die Zukunft der Energiewirtschaft in Deutschland schauen, kann es keinen Zweifel geben:

Die Energiewirtschaft muss nachhaltig sein, das heißt, sie muss ebenso anspruchsvollen ökologischen Maßstäben genügen wie sozialen und ökonomischen Kriterien gerecht werden.

Dazu muss die Energieversorgung ihre Ziele in Einklang bringen. Sie muss:

- eine jederzeit sichere Versorgung ermöglichen,
- Umwelt und Klima schonen,
- Arbeitsplätze sichern und schaffen,
- und sie muss kosteneffizient sein.



Ein energiepolitisches Konzept - wie es die Bundesregierung angekündigt hat, aber bislang noch schuldig geblieben ist - muss dafür den Rahmen setzen. Und das unter Bedingungen, wo

- durch Kraftwerkserneuerung und
- den politisch beschlossenen Kernenergieausstieg

bis 2020 mehr als die Hälfte des deutschen Kraftwerksparks ersetzt werden muss.

Innovationen, Kolleginnen und Kollegen, sowie Maßnahmen zur Effizienzsteigerung bedürfen wegen der damit verbundenen hohen Kosten

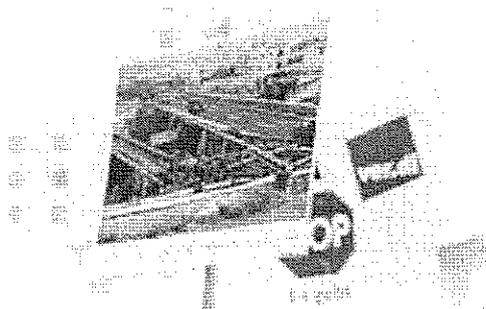
der Investitionssicherheit. Es wäre absurd, wenn ein Mitgliedsstaat seine Klimaschutzverpflichtungen in Folge von Entscheidungen in Brüssel überwiegend mit abgeschriebenen, technisch überholten Anlagen erfüllen müsste.

Ziel muss es vielmehr sein, die Erneuerung des Kraftwerksparks zu einer durchgreifenden Modernisierung und Weiterentwicklung des heimischen Erzeugungsmixes zu nutzen. Unterschiedliche Anlagen müssen so vernetzt werden, dass ihre jeweiligen Vorteile im Hinblick auf Versorgungssicherheit, Arbeitsplätze, Umwelt- und Klimaschutz sowie Kosteneffizienz zum Zuge kommen.

Am Ende muss der Energiestandort Deutschland mit seinen hohen Standards an Verlässlichkeit und Sicherheit erhalten und gestärkt werden. Das, Kolleginnen und Kollegen, sind unsere Maßstäbe für die Entwicklung der Energiewirtschaft in Deutschland.

Dafür ist es sinnvoll,

- heimischen Energieträgern Vorrang zu geben, um die Importabhängigkeit nicht noch weiter zu vergrößern,
- alle Energieträger so effizient wie möglich einzusetzen um Kosten zu reduzieren und Umwelt und Klima zu schonen,
- Braunkohle zur Bereitstellung der Stromgrundlast einzusetzen,



- die Potenziale der Kraft-Wärme-Kopplung zu nutzen und auszubauen,
- Erdgas zur Abdeckung der Strom-Mittel- und -Spitzenlast sowie der Wärmegrundlast einzusetzen,
- erneuerbare Energien zu fördern und ihren Anteil an der deutschen Energieversorgung nachhaltig zu erhöhen,
- die Energieeffizienz beim Nutzer zu steigern und durch konsequentes Sparen von Energie den Primärenergiebedarf zu senken.

Würde man – um nur ein Beispiel zu nennen – alle Altbauten in Deutschland mit innovativen Dämmstoffen und weiteren Komponenten sanieren, könnten über 80 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden. Das entspricht der Hälfte der jährlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen des gesamten Verkehrs in Deutschland und stellt ein Drittel des deutschen Anteils an der Kyoto-Zielsetzung dar.

ver.di hat bereits vor einiger Zeit gefordert, Programme zur Energieeinsparung für kleine und mittlere Unternehmen und Haushalte wieder zu ermöglichen und entsprechende Initiativen aus einem nationalen Energiesparfonds in ausreichender Höhe finanziell zu unterstützen.

Die Umsetzung dieser energiepolitischen Eckpunkte stellt die Weichen richtig. Vieles davon wird in Gesellschaft und Politik breit geteilt.

Es gibt aber auch andere Initiativen, Initiatoren, die Anlass zu tiefer Sorge geben. Das gilt für die Pläne zur Ausgestaltung der so genannten **Anreizregulierung im Netzbereich**.

Das gilt für Vorstöße zur **Entflechtung der Stromunternehmen** sowie für manche Positionen zur Ausgestaltung des **Handels mit Verschmutzungsrechten**.

All diese Themen betreffen in massiver Weise die Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen in der deutschen Energiewirtschaft. Das muss uns auf den Plan rufen. Darum haben wir zu dieser Kundgebung aufgerufen!

Nehmen wir zunächst das Thema **Anreizregulierung**:



ver.di hat eine Regulierung der Netzdurchleitung und der Netzentgelte stets befürwortet – eine, die nicht ausschließlich auf Kostensenkung abzielt, sondern auch qualitätsorientiert ist. Eine, die Investitionen in Versorgungssicherheit und gute Serviceleistungen begünstigt.

Die Vorstellungen im Bundeswirtschaftsministerium für einen Verordnungsentwurf werden dem bisher nicht gerecht.

Im Gegenteil.

Die vorgeschlagene Form der Anreizregulierung liefert den Unternehmen nur einen Anreiz: Kosten runter, "koste es, was es wolle".

- Netzausbau zur Förderung der erneuerbaren Energien? Fehlanzeige!
- Erhaltungsinvestitionen für die Versorgungssicherheit? Fehlanzeige!
- Soziale Kriterien? Fehlanzeige!

Weder Kosten für Vorruhestand noch Altersteilzeit oder Rückstellungen in Altersversorgungen noch tarifvertragliche Regelungen werden akzeptiert. Ein besonderer Schutz von Personalkosten ist nicht vorgesehen. Gegenstand von Regulierungsvorgaben sollten auch solche Kostenbestandteile sein, die durch Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen bedingt sind – ein Verstoß gegen die

grundgesetzlich geschützte Tarifautonomie.

So geht das nicht!

Wir sagen: Es gehört nicht zum Aufgabenbereich einer Regulierungsbehörde, Vorgaben zu den Tarifen zu machen. Alles andere ist mit der Tarifautonomie nicht vereinbar.

Aber der Verordnungsentwurf zur Anreizregulierung geht noch weiter.

Er tut so, als ließen sich Produktivitätssprünge von 1,5 bis 2 Prozent oberhalb der durchschnittlichen Produktivitätsentwicklung – wie es sie im Zuge der Erneuerung des ostdeutschen Kraftwerkparks und Leitungsnetzes nach der deutschen Einheit gegeben hat – einfach fortschreiben.

Das ist ein Trugschluss, der von vornherein zu unrealistischen Vorgaben führt. Vorgaben, denen die Unternehmen nicht gerecht werden können, selbst wenn sie darüber zu unmäßigem Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen gezwungen werden. Hinzu kommt, dass der Kostenvergleich sich jeweils am Branchenbesten orientieren soll und nicht am Branchendurchschnitt. Dieser Art der Regulierung geht es offensichtlich nicht mehr darum, den Unternehmen Anreize zu bieten, durch gesteigerte Effizienz und Qualität höhere Renditen als der Durchschnitt erwirtschaften zu können.

Es wird nur noch darum gehen, Kosten zu senken, um betriebswirtschaftliche Verluste zu vermeiden. Die Orientierung des Regulierungsmaßstabs am jeweils Branchenbesten wird einen massiven Verdrängungswettbewerb zur Folge haben.

Dabei drohen insbesondere kleinere Stadtwerke auf der Strecke zu bleiben.

Wenn ihre Gewinne ausbleiben, wird dies negative Folgen für den steuerneutralen Ausgleich von Defiziten zum Beispiel im Nahverkehr, Bäderbetrieb oder anderen Dienstleistungen in Kommunen haben. Über diesen kommunalen Verbund von Energie und defizitären Dienstleistungsangeboten erwirtschaften die Städte und Gemeinden etwa 30 Milliarden Euro jährlich.



Massive Einnahmeverluste bei den Stadtwerken würden letztlich andere kommunale Einrichtungen, wie zum Beispiel städtische Bäder, Kitas oder den öffentlichen Personennahverkehr gefährden. Dazu darf es nicht kommen.

Deshalb fordern wir:

- Eine Regulierung muss Kriterien der Versorgungssicherheit, der Servicequalität und des Netzausbaus zwecks Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien berücksichtigen.
- Orientierungswert für weitere Effizienzfortschritte muss die Durchschnittsproduktivitätsentwicklung sein.
- Ein Benchmark von Kosten muss sich am Branchendurchschnitt und nicht am kostengünstigsten Netzbetreiber orientieren.
- Und: Für Tarifverhandlungen darf es keine Regulierungsvorgaben geben. In Tarifverträgen fixierte Arbeitsbedingungen müssen unangetastet bleiben.

Und wir fordern:

- Stadtwerke und Querverbund müssen intakt bleiben – nicht zuletzt im Interesse der

Bürgerinnen und Bürger und des Angebotes an kommunalen Dienstleistungen.

Unsere Kritik gilt zweitens den Brüsseler Plänen zu einer eigentumsrechtlichen **Entflechtung von Stromerzeugung und Verteilung**.



Es ist schon paradox: Die letzte Neuregelung ist noch gar nicht richtig in Kraft, geschweige denn, dass Erfahrungen gesammelt werden konnten, wie der Netzzugang unter den Bedingungen gesellschaftsrechtlicher Entflechtung funktioniert – da wird schon die nächste Sau durchs Dorf gejagt.

Paradox in der Tat:

Die gesellschaftsrechtliche Trennung ist überwiegend mit dem 1. Januar 2007 vollzogen, da kommt die

Kommission zehn Tage später schon mit der Forderung nach eigentumsrechtlicher Trennung.

- Interesse am Praxistest der gerade erst eingeführten Neuregelung? Keine Spur!

Ich frage: Was für Leute sind da in Brüssel eigentlich am Werke?

Ein Verbot von vertikal integrierten Energieunternehmen würde der großen Mehrzahl der Stadtwerke die Existenzgrundlage nehmen.

Ich frage: Wem ist damit genützt? Und wer kann sich anschließend eigentlich in den Besitz der Netze setzen?

- Man darf ja wohl ausschließen, dass die Barrosos und Kochs – ja auch Koch, der hessische Ministerpräsident, fordert die eigentumsrechtliche Trennung – die entschädigungslose Enteignung und Überführung in gesellschaftliches Eigentum im Sinn haben, wenn sie über Entflechtung schwadronieren.

Also kaufen! Aber wer soll die Kaufsummen angesichts eines Kapitalwertes der deutschen Strom- und Gasnetze von annähernd 220 Milliarden Euro eigentlich aufbringen?

Die öffentliche Hand ja wohl kaum.

Andere Energieunternehmen? Da dürften sich schon kartellrechtliche Bedenken einstellen.

Bleiben als wahrscheinlichste Alternative große Kapitalfonds – sie haben das nötige Kleingeld, und das Interesse an Infrastrukturbesitz in der Versorgung haben sie auch. Das verspricht sichere Renditen auf Dauer.

Fraglich nur, ob diese Fonds mit ihrer Renditefixiertheit die notwendigen Investitionen in die Versorgungssicherheit in Deutschland gewährleisten werden. Sicher wäre nur, dass weitere Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft gefährdet würden und die eigentumsrechtliche Entflechtung für die kommunale Querverbundfinanzierung das endgültige Aus bedeutet.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, lehnen wir entschieden ab.



Wir fordern, den eben erst umgesetzten Maßnahmen zur gesellschaftsrechtlichen Entflechtung die Zeit für einen Praxistest zu geben – so wie das übrigens auch die Bundesnetzagentur sieht.

Nun zum dritten Punkt, der uns in Berlin zusammengeführt hat: der **Ausgestaltung des Emissionshandels**.



Nicht nur ausreichende Investitionen in Netze sind gefährdet, wenn es zu falschen politischen Rahmensetzungen kommt:

Auch die geplanten Neuinvestitionen in den Kraftwerkspark in Deutschland stünden auf der Kippe.

Der Grund hierfür liegt in den Auseinandersetzungen über den Plan zur Zuteilung von Emissionsrechten für die Periode 2008 bis 2012.

Kolleginnen und Kollegen,

ver.di macht sich stark für den Klimaschutz, und wir haben die Einführung des Emissionshandels von Anfang an konstruktiv begleitet. Er fördert Investitionen in neue Kraftwerke und Technologien, die zu einer Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emission führen. Die geplanten Kraftwerkneubauten werden insgesamt dann auch die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland um bis zu 8 Prozent reduzieren.

Für den zweiten Allokationsplan hat die EU-Kommission jetzt allerdings nicht nur die CO<sub>2</sub>-Minderungsvorgaben gegenüber dem Vorschlag der Bundesregierung drastisch gesenkt. Sie hat sich darüber hinaus geweigert, die bestehende Regelung zur Ausstattung von Neu- und Ersatzanlagen mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten für bis zu 14 Jahre festzuschreiben.

Diese Zuteilungsregelung bot die nötige Investitionssicherheit über einen Zeitraum hinweg, in dem sich die Investitionen im Kraftwerk überhaupt erst verlässlich rechnen können.

Ist diese Investitionssicherheit nicht mehr gewährleistet und werden Investitionen deshalb unterlassen, so bleiben ältere Kraftwerke länger am Netz. Die CO<sub>2</sub>-Emissionsbilanz würde negativer ausfallen, Kapazitäten blieben knapp, Strom würde eher teurer und der Stromimport würde zunehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Dazu haben wir einen klaren Standpunkt:

Im Zweifelsfall ist auch aus Umwelt- und Klimagründen die Produktion von Strom in deutschen Kraftwerken mit hohen Umwelt- und Sicherheitsstandards der bessere Weg – besser allemal, als Importe aus Nachbarländern, wo Strom in alten Kohle- und Kernkraftwerken erzeugt wird.



Deshalb unterstützen wir die Bundesregierung in ihrer Auseinandersetzung mit der EU-Kommission.

Es muss unser gemeinsames Interesse sein, den Energiestandort Deutschland zu erhalten, als

einen stromproduzierenden und zugleich aktiv dem Klimaschutz verpflichteten Standort!

- Wir sagen Ja zum Emissionshandel und sagen Ja zum Klimaschutz.
- Wir treten ein für langfristig kalkulierbare und verlässliche Rahmenbedingungen bei Investitionen in modernste umweltfreundliche Anlagen. Die Zuteilungsregelungen müssen dabei in den Zeiträumen, in denen sich Investitionen rechnen, korrespondieren.
- Wir wollen in Deutschland die Stromerzeugung erhalten. Das ist auch für unsere stark stromabhängigen Industrien wichtig. Wir wollen keine Stromversorgung durch Importe aus Ländern, in denen der Strom aus weniger umweltfreundlichen und weniger sicheren Kraftwerken stammt.
- Wir sagen zugleich: Zu einer Politik des Klimaschutzes gehört für uns auch eine weitere Reduktion der Emissionsrechte. Wir sagen: Bei einer angemessenen Verringerung dieser Rechte werden Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz und werden Neuinvestitionen in Kraftwerke und Netze zum Klimaschutz beitragen können.
- Und wir fordern den jeweiligen Einsatz der modernsten Erzeugungstechnologien in den verschiedenen Kraftwerken. Damit wir in Deutschland unsere Möglichkeiten zur freien Gestaltung eines breiten nationalen Energiemixes nicht einschränken, brauchen wir zur Ausgestaltung des Emissionshandels auch weiterhin brennstoffspezifische Benchmarks.
- Einzelne Energieträger dürfen nicht diskriminiert werden. Das gilt ausdrücklich auch für unseren einzigen wettbewerbsfähigen heimischen Energieträger: die Braunkohle.



Das, Kolleginnen und Kollegen, sind unsere Forderungen zur Ausgestaltung des Emissionshandels. Dafür demonstrieren wir!

Unsere Demonstration richtet sich an die Politik und an den Gesetzgeber. Sie ist aber zugleich auch ein Signal an die Energieversorgungsunternehmen, ein Signal gegen überzogene Renditeziele.

Es passt nicht zusammen, dass die Energiekonzerne an einem Tag lautstark aufstöhnen, wenn die

Bundesnetzagentur beantragte Netzentgelte drastisch zusammenkürzt. Und einen Tag später sind es dieselben Konzerne, die wieder einmal satte Ergebnissprünge verkünden, anhaltend steigende Dividendenausschüttungen versprechen und die Interessen der Aktionäre über alles andere stellen.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, passt nicht zusammen. Es ist eine Einladung an den Regulierer, in der nächsten Runde noch einmal richtig nachzulegen.

Die Zeche zahlen dabei am Ende die Beschäftigten in der Energiewirtschaft und nicht die Konzerne, nicht die Aktionäre und Kapitalvertreter.

Dass wir am Ende die Zeche dieser Art von Renditepolitik zahlen sollen, merken wir bereits heute, wenn daran gegangen wird, mit Ausgliederung und Standardverschlechterungen zu drohen und Tarifverträge abzusenken.

Auch da ist unsere Botschaft ganz klar:

So, wie wir uns auf der politischen Ebene für Rahmenbedingungen einsetzen, die dem Erhalt der Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen ebenso wie dem Klimaschutz dienen, werden wir uns gegen die Arbeitgeber zur Wehr setzen, die bereits heute bestehende Tarifregelungen in Frage



stellen.

Wer glaubt, die Ergebnisse der Regulierung einfach und mal eben so auf dem Rücken der Beschäftigten abladen zu können, wird auf unseren Widerstand treffen.

Auch das ist eine Botschaft, die heute von Berlin ausgeht, von dieser Demonstration unseres gemeinsamen Gestaltungswillens. Diese Demonstration zeigt die Handlungsbereitschaft der Beschäftigten in der Energiewirtschaft. Wir werden sie in den kommenden Auseinandersetzungen gut brauchen können. Dafür Erfolg!

Fotos: **Kay Herschelmann**



## Ver- und Entsorgung

verdi.de :: ver-und-entsorgung / Energiewirtschaft / Energiepolitik / Demonstration am 7. Februar 2007 in Berlin / Bericht von der Demonstration

**DEMONSTRATION AM 7. FEBRUAR 2007 IN BERLIN**

### **25.000 Beschäftigte demonstrieren für sichere und nachhaltige Energiewirtschaft in Deutschland**

**Ein "eindrucksvolles Bild" bot sich dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske am Mittag des 7. Februar 2007, als er auf dem Potsdamer Platz in Berlin zu rund 25.000 Beschäftigten aus Energiewirtschaft und kommunalen Unternehmen sprach. Angereist waren sie aus allen Teilen der Republik, bis zu zwanzig Stunden im Bus oder Zug.**



Frank Bsirske während seiner Rede, daneben der hauptamtliche Leiter und der ehrenamtliche Vorsitzende des ver.di-Bundesfachbereichs Ver- und Entsorgung, Erhard Ott und Klaus Wefelmeier

Ihr Signal galt dem Erhalt der Energiewirtschaft in Deutschland. Dabei geht es um Arbeitsplätze und die Bedingungen von Arbeit und Entgelt, aber auch um Industriestandorte und kommunale Einnahmen, um Strompreise, Renditen und – nicht zuletzt – den Klimaschutz.

Ihn hatte **Frank Bsirske** an den Anfang seiner Rede gerückt. Er zitierte den Klimarat der Vereinten Nationen, dessen soeben veröffentlichter Bericht zum Klimawandel aufrütteln müsse: "Die Welt muss sich auf mehr Dürren und Hitzewellen, Überschwemmungen und Wirbelstürme gefasst machen. Die Meeresspiegel dürften um bis zu

einem Meter ansteigen." Und zweifellos beruhe die globale Erwärmung vor allem auf der Verbrennung kohlenstoffhaltiger Brennstoffe – wie Öl, Kohle und Gas. Allerhöchste Zeit also für "ein neues Weltabkommen zur Reduzierung von Treibhausgasen".

Globales Handeln aber befreie nicht vom Handeln vor Ort. Deutschland brauche eine nachhaltige Energiewirtschaft, die anspruchsvollen ökologischen Maßstäben ebenso genügen müsse wie sozialen und ökonomischen Kriterien: jederzeit die Versorgung garantieren, Umwelt und Klima schonen, Arbeitsplätze sichern und schaffen, effizient wirtschaften – und all dies in einer Zeit der notwendigen Erneuerung von Kraftwerken und des politisch beschlossenen Ausstiegs aus der Kernenergie.

#### **Vom Stadtwerk bis zum Energiekonzern**

"Wenn hier 25.000 Beschäftigte nach Berlin gekommen sind, teilweise nach 15 bis 20 Stunden Busfahrt - vom kleinen Stadtwerk bis zum großen Energiekonzern, vom hohen Norden bis nach Passau, von Chemnitz bis ins Saarland, dann stimmt offensichtlich etwas nicht mit der Energiepolitik in Deutschland und Europa."

Das energiepolitische Programm von ver.di setze auf heimische Energieträger, Braunkohle für die Stromgrundlast, Erdgas für die Mittel- und Spitzenlast, Kraft-Wärme-Kopplung, erneuerbare Energien und sparsamen Energieverbrauch.

*Erhard Ott, Leiter der ver.di-Bundesfachbereichs Ver- und Entsorgung und Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes*

Beispielsweise könnten mehr als 80 Millionen Tonnen Kohlendioxid eingespart werden, wenn alle Altbauten in Deutschland mit innovativen Dämmstoffen und weiteren Komponenten saniert würden. Das entspräche etwa der Hälfte des jährlichen Ausstoßes des gesamten Verkehrs in Deutschland. Um solche Initiativen zu fördern, empfehle ver.di einen nationalen Energiesparfonds.

Den aktuellen Protest der Beschäftigten konzentrierte der ver.di-Vorsitzende auf drei drohende, massive Einschnitte:

- eine rein kostengelenkte "Anreizregulierung" für Strom und Gas,
- den Zwangsverkauf der Netze und
- verschärfte Auflagen beim Emissionshandel.



Dicht gedrängt folgen die Protestierenden den Worten der Redner - über zweieinhalb Stunden lang

Die vom Bundeswirtschaftsministerium entworfene **Anreizregulierung** liefere den Unternehmen nur einen Anreiz: "Kosten runter – koste es, was es wolle!" Nicht berücksichtigt würden dabei der Netzausbau für erneuerbare Energien, Investitionen in die Versorgungssicherheit und soziale Kriterien. Selbst in die Substanz von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen werde eingegriffen – ein "Verstoß gegen die grundgesetzlich geschützte Tarifautonomie". Zu befürchten seien der Verlust zahlreicher Arbeitsplätze, der Ruin von Stadtwerken und damit auch die Preisgabe des "Querverbunds": Die

kommunalen Defizite bei Nahverkehr, Kitas und Bädern könnten nicht mehr aus den Einnahmen der Stadtwerke gedeckt werden.

Vernichtend träfe die Stadtwerke auch der **Verkauf der Netze**. Dazu wären sie gezwungen, wenn die Europäische Kommission auf ihrem Kurs der eigentumsrechtlichen Trennung von Stromerzeugern und Stromverteilern beharrte. Nur große Kapitalfonds hätten das Geld, um diese Netze zu kaufen. Auf hohe Renditen fixiert, würden sie jedoch kaum in Versorgungssicherheit investieren. Sicher wären nur der weitere Stellenabbau in der Energiewirtschaft und – wiederum – das Aus für den Querverbund.

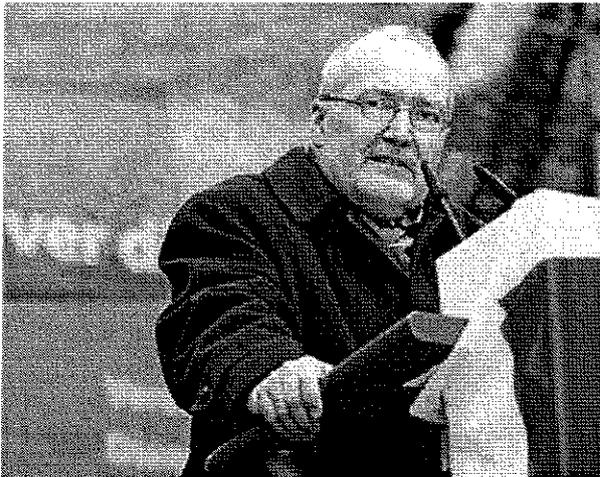
Den **Emissionshandel** als Instrument für den Klimaschutz habe ver.di, so Frank Bsirske, "von Anfang an konstruktiv begleitet". Er fördere Investitionen in neue Kraftwerke und Technologien, die den Ausstoß von Kohlendioxid reduzierten. Nun aber wolle die Europäische Kommission die Emissionsrechte so drastisch senken, dass Investitionen in Neu- und Ersatzanlagen sich nicht mehr lohnten. Also "bleiben ältere Kraftwerke länger am Netz, die

### **Marktwirtschaftliches Grundgesetz**

"Wer in Zeiten weltweiter Verknappung von Primärenergie-Ressourcen aufgrund der riesigen Nachfrage vor allem aus China und Indien davon spricht, dass knappe Güter wie Öl und Gas günstiger werden, der belügt die Bevölkerung oder, was noch viel schlimmer ist, der hat keine Ahnung von Energiepolitik. Primärenergie wird von den Rohstoffländern

Emissionsbilanz würde negativer ausfallen, Kapazitäten blieben knapp, Strom würde eher teurer und der Stromimport würde zunehmen".

Strom aus deutschen Kraftwerken mit ihren hohen Umwelt- und Sicherheitsstandards hält der Gewerkschafter für allemal besser "als Importe aus Nachbarländern, wo Strom in alten Kohle- und Kernkraftwerken erzeugt wird". Deshalb unterstütze ver.di die Bundesregierung in dieser Auseinandersetzung mit der EU-Kommission.



Mannheims Oberbürgermeister Gerhard Widder, Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen

immer an diejenigen verkauft werden, die das Meiste dafür zahlen. Die Nachfrage regelt den Preis!

Dass dieses marktwirtschaftliche Grundgesetz bei der Energiepreisdebatte ausgerechnet von denen vergessen wird, die sich selbst die höchste wirtschaftliche Kompetenz zuschreiben, ist schon sehr verwunderlich."

*Peter Arnold, Betriebsratsvorsitzender der Mainova AG, Frankfurt am Main*

Im Bunde mit ver.di zeigte sich am 7. Februar auch der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), dessen Präsident, Mannheims Oberbürgermeister **Gerhard Widder**, nach Frank Bsirske sprach: "Ein funktionierender Wettbewerb braucht die Stadtwerke als Wettbewerber, und die Stadtwerke brauchen verlässliche Grundlagen für Investitionen." Bereits am 27. September 1999 sei der VKU mit ver.di auf die Straße gezogen, als es darum ging, die Chancen der ökologisch sinnvollen Kraft-Wärme-Kopplung im Wettbewerb zu bewahren. Der damalige Erfolg habe bewiesen, dass gemeinsamer Widerstand gegen eine falsche Politik sich auszahle.

Zwar seien in den letzten Jahren bereits viele Arbeitsplätze in der kommunalen Energiewirtschaft abgebaut worden. Doch

sei niemand betriebsbedingt entlassen worden, und dazu dürfe es auch künftig nicht kommen: "Dieser Preis des Wettbewerbs wäre eindeutig zu hoch!"

Ein funktionierender Wettbewerb brauche

- zunächst einmal Wettbewerber – und das seien die Stadtwerke, sonst hätten wir nur das Oligopol der vier großen Energieversorger,
- handelbare Güter am Markt – beim Gas sei da Fehlanzeige zu melden, und
- verlässliche Grundlagen für Investitionen in die Zukunft – sie würden derzeit aber gerade gefährdet.

"Energiepolitik ist Stadtentwicklungspolitik", betont Gerhard Widder. Vor allem den Stadtwerken sei es zu verdanken, dass in Deutschland kein Trafo mehr am Haus und kein Ruß mehr in der Luft hänge. Denn sie hätten die leitungsgebundene Energie, die Gas- und Fernwärmeversorgung durchgesetzt und "verkabelt, wo immer es ging". So sei die Umwelt in der Stadt "erlebbar besser" geworden, beispielsweise hätten die Investitionen der Stadtwerke in die Kraft-Wärme-Kopplung in den letzten Jahren 3,5 Millionen Tonnen Kohlendioxid vermieden.

Wer den Stadtwerken nun das Wasser abgrabe,

### **"Mit uns muss Politik rechnen."**

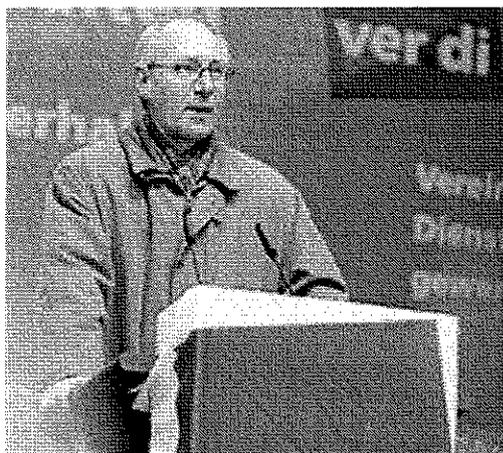
"Im Sommer haben die Beschäftigten der hessischen Energieversorger vor dem Landtag in Wiesbaden demonstriert. Heute haben sich hier in kürzester Zeit mehr als 20.000 Kolleginnen und Kollegen zur Demonstration eingefunden. In vier Wochen werden wir uns vor dem Landtag in Düsseldorf versammeln. Wir sind aktionsfähig und steigerungsfähig. Mit uns muss Politik

zerstöre "ein wichtiges Qualitätsgut unserer deutschen Energiewirtschaft, um das andere Länder uns beneiden".

Eine überzogene Regulierung, die den "Klassenbesten" zum Maßstab für alle mache, werde am Ende nur den Klassenbesten übrig lassen. Und "ohne die Erträge der Stadtwerke wäre der öffentliche Personennahverkehr in seiner heutigen Form nicht mehr möglich". Zu dieser düsteren Aussicht hat Gerhard Widder leider "noch kein einziges Wort von der Regierung gehört".

rechnen."

*Klaus Wefelmeier, Vorsitzender des ver.di-Bundesfachbereichs Ver- und Entsorgung und der Bundesfachgruppe Energiewirtschaft*



Wuppertals Stadtkämmerer und stellvertretender Oberbürgermeister Johannes Slawig

In Wuppertal beispielsweise müssten im Nahverkehr dann die Taktzeiten ausgedünnt, ganze Linien gestrichen, die Beschaffung von Fahrzeugen hinausgeschoben, Nachtbusse eingestellt, Außenbezirke abgehängt, der Qualitätsstandard des Wahrzeichens Schwebebahn mit ihren täglich 80.000 Fahrgästen gesenkt werden. So schildert es Stadtkämmerer **Johannes Slawig**, der ver.di spontan seine Teilnahme an der Demonstration zugesagt hat – auch wenn es die erste in seinem Leben ist.

Viel Erfolg wünschte dieser Demonstration und ihren Zielen auch Münchens Oberbürgermeister **Christian Ude**: In seinem Grußwort erinnert der Präsident des Deutschen Städtetages an die Gründung der Stadtwerke vor hundert Jahren, "um die Aufgaben zu leisten, die privaten Unternehmen damals zu risikoreich waren". Das von allen unterstützte Ziel sinkender Strompreise dürfe bei der Regulierung der

Netzentgelte nun nicht dazu führen, "dass städtische Versorgungsnetze nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben sind".

Text: **Hermann Schmid**

Fotos: **Kay Herschelmann**



# EXTRA

Ver- und Entsorgung • Februar 2007

ENERGIEWIRTSCHAFT · WASSERWIRTSCHAFT · ABFALLWIRTSCHAFT · BERGBAU

## ver.di setzt sich ein

- für die Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Energiewirtschaft.
- für den Erhalt und Ausbau der Versorgungsnetze
- gegen Preisregulierung und eine Anreizregulierung, die die Netzbetreiber stranguliert
- für sichere Rahmenbedingungen für den Bau moderner und klimaverträglicher Kraftwerke
- gegen unfaire Behandlung deutscher Kraftwerke beim Emissionshandel
- für den Erhalt integrierter Energieunternehmen
- gegen den Zwangsverkauf der Netze
- für einen gesicherten kommunalen Querverbund zur Finanzierung des ÖPNV, der Bäder etc.
- gegen das Ausbluten der Kommunen



25 000 Beschäftigte der Energiewirtschaft kamen zur ver.di-Kundgebung.

FOTOS: KAY HERSCHELMANN

## Energiestandort Deutschland erhalten

25 000 Beschäftigte bei Kundgebung in Berlin – Bsirske: „Das ist ein Signal“

Ob aus dem hohen Norden oder aus Passau, aus Chemnitz oder Saarbrücken – aus ganz Deutschland reisten die Kolleginnen und Kollegen am 7. Februar zur ver.di-Kundgebung nach Berlin. „Das ist ein Signal“, rief der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf dem Potsdamer Platz zu: Ein Signal, das zeige, wie sehr die Beschäftigten die Zukunft der Energiewirtschaft in Deutschland umtreibe.

Diese Demonstration verdeutlicht nach Bsirskes Worten aber auch die Handlungsbereitschaft der Beschäftigten in der Energiewirtschaft. An die Unternehmen und an die Politik gerichtet sagte der Bundesfachbereichsleiter Ver- und Entsorgung Erhard Ott: „ver.di ist bereit und in der Lage, für den Erhalt des Energiestandortes Deutschland und den Erhalt sozialer Standards in der Energieversorgung zu kämpfen.“ Die Kundgebung sei nur „der Auftakt“.

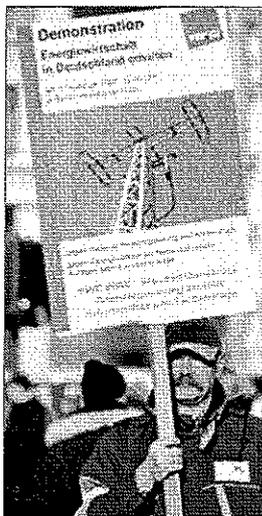
In den kommenden Wochen sind in verschiedenen Bundesländern weitere Aktionen geplant, mit denen die Politik für die Fehlentwicklungen sensibilisiert werden soll. So wollen die Beschäftigten der Energieunternehmen am 8. März vor dem Düsseldorfer Landtag demonstrieren, in anderen Landesbezirken wollen die Kolleginnen und Kollegen mit verschiedenen Aktionen die Landes- und Bundes-

politiker auf ihr Anliegen aufmerksam machen.

Nicht nur ver.di-Vertreter und Betriebsräte machten sich bei der ver.di-Kundgebung dafür stark, dass die Bundes-, Landes- und die EU-Politik die richtigen Weichen stellt. Auch der Mannheimer Oberbürgermeister Gerhard Widder und der Wuppertaler Kämmerer Johannes Slawig forderten eine Abkehr von der „überzogenen Regulierung“. Von der derzeit geplanten Anreizregulierung und der von der EU geforderten Entflechtung seien vor allem Stadtwerke betroffen. Widder und Slawig sehen die Existenz der Stadtwerke bedroht.

„Wir wollen die heimische Energieversorgung erhalten“, betonte ver.di-Vorstandsmitglied Ott vor den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Kundgebung in Berlin. Durch die geplanten Regelungen zur Anreizregulierung und die EU-Vorgaben zur Emis-

sionsminderung seien viele Arbeitsplätze in der Energieversorgung in Deutschland in Gefahr. Ott verwies auf die von der EU geforderte eigentumsrechtliche Entflechtung von Ener-



gieerzeugung und Verkauf. Die gesellschaftsrechtliche Entflechtung sei noch nicht eingeführt, da fordere die EU schon den Verkauf der Netze, was „den Tod der Stadtwerke bedeute“. Er fügte unter großem Beifall hinzu: „Wir werden dafür kämpfen, dass die Netzregulierung das nicht schafft.“

Es gehe ver.di, den Beschäftigten und den Städten nicht darum, die Netzregulierung zu verhindern, betonten Redner bei der Kundgebung. Die Regulierung dürfe aber nicht nur die Senkung der Kosten im Blick haben. Es müsse auch um Versorgungssicherheit, um die Qualität und die sozialen Standards der Beschäftigten gehen. Die Anreize, die die Bundesregierung setzen wolle, zielten aber ausschließlich auf eine Verminderung der Kosten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kundgebung befürchteten, dass die Ergebnisse der Regulierung „einfach auf dem Rücken der Beschäftigten abgeladen werden könnten“, sagte Bsirske und fügte hinzu: „Wer dies glaubt, wird auf unseren Widerstand treffen.“

Die Vertreter der Kommunen, Widder und Slawig, beschrieben die möglichen Folgen der Regulierung der Netzentgelte und eines Zwangsverkaufs

der Netze. Aus den Erlösen der Stadtwerke würden viele Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge bezahlt. Wenn aber die Zuschüsse für den öffentlichen Nahverkehr, die Bäder, die Kitas oder die Theater fehlten, blieben den Kommunen nur zwei Möglichkeiten – die Bürgerinnen und Bürger zur Kasse zu bitten oder die Angebote drastisch zu reduzieren. Die Forderung der Städte lautet deshalb: Die Stadtwerke müssen erhalten bleiben, die Quersubventionierung muss weiterhin möglich sein.

Bsirske verwies auch auf den Bericht der Vereinten Nationen zum Klimawandel und skizzierte vor den Kundgebungsteilnehmerinnen und Teilnehmern, wie die Stärkung der Energiewirtschaft in Deutschland aussehen müsse: ver.di dringt darauf, den heimischen Energieträgern den Vorrang einzuräumen.

Außerdem müsste die Energie so effizient wie möglich eingesetzt werden und noch stärker als bisher auf umweltschonende sowie erneuerbare Energien gesetzt werden. „Die Energiewirtschaft muss nachhaltig sein. Sie muss ebenso anspruchsvollen ökologischen Maßstäben genügen wie sozialen und ökonomischen Kriterien gerecht werden.“





Die Anreizregulierung, wie sie derzeit geplant ist, zerstört Arbeitsplätze. Das machten die Beschäftigten der Energiewirtschaft bei der ver.di-Kundgebung in Berlin unmissverständlich deutlich.

## Was ver.di will

ver.di setzt sich dafür ein, dass die Energieversorgung in Deutschland weiterentwickelt wird, um den Anforderungen an ein effizientes, umwelt- und klimaverträgliches und versorgungssicheres Energiesystem zu entsprechen. Dazu gehört die Weiterentwicklung des bestehenden Energiemix und die Steigerung der Energieeffizienz. In den ver.di-Leitsätzen wurden folgende Eckpunkte formuliert:

- Ausrichtung der Energiepolitik auf die Ziele Effizienz, Umwelt- und Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Beschäftigung
- Erhalt und Modernisierung des deutschen Kohlekraftwerksparks mit modernster und effizientester Technologie zur Senkung der Treibhausgasemissionen, wenn immer möglich, in klimafreundlicher Kraft-Wärme-Kopplung;
- weitere Förderung der Markteinführung der erneuerbaren Energien mit ehrgeiziger Zielsetzung (Erhöhung des Anteils am Stromverbrauch auf mindestens 20 Prozent bis 2020)
- Ausbau der Netzinfrastruktur für Strom und Gas und zügige Anpassung an die Anforderungen durch den veränderten Energiemix (Ausbau der Kapazitäten zum ungehinderten Anschluss neuer fossiler und erneuerbarer Kraftwerksprojekte)
- zusätzliche Förderprogramme zur Ausschöpfung der Energiepotenziale bei allen Nutzergruppen
- Einhaltung des Kyoto-Protokolls und Setzung darüber hinausgehender ehrgeiziger Klimaschutzziele nach 2012 in Deutschland, der EU und weltweit, auch durch Einbeziehung aller Emittentengruppen in den Emissionshandel.

# Weil es um die Arbeitsplätze geht

25 000 Beschäftigte aus Energieunternehmen und Stadtwerken lenken den Blick auf die Auswirkungen der Energiepolitik

„Es geht um unsere Arbeitsplätze.“ Deshalb ist Wilfried Müller aus dem Weser-Ems-Kreis am 7. Februar um 3 Uhr in der Frühe in den Bus zur ver.di-Kundgebung nach Berlin gestiegen. Elisabeth Dierker und Christiane Pohlmann aus Bremen sehen es genauso: Auch sie fürchten, dass die Politik mit ihren Plänen letztendlich nur eines bewirkt – den Verlust von Arbeitsplätzen in der Energiewirtschaft. Bereits jetzt spüren die Beschäftigten, dass Energieunternehmen und Stadtwerke am Personal sparen. Was wird erst sein, wenn die Anreizregulierung so umgesetzt wird, wie vom Bundeswirtschaftsministerium geplant?

Angst um die Arbeitsplätze, um die sozialen Errungenschaften, die Betriebsrenten – das treibt die Kolleginnen und Kollegen auf der Kundgebung um. Mit 20 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern hatte ver.di gerechnet. Weit mehr – nämlich 25 000 – sind es geworden. Aus Ostriesland wie aus

Bayern, aus dem Saarland und aus Brandenburg. Beschäftigte der großen Energieversorger kamen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtwerke, auch Kolleginnen und Kollegen, die in Kernkraftwerken arbeiten. Mit Bussen, mit Sonderzügen, mit dem Auto. Mit Plakaten, Trillerpfeifen und ver.di-Mützen hatten sie sich auf den Weg zur Demonstration gemacht, damit die Pläne zur Anreizregulierung sowie zur Entflechtung von Stromerzeugung und Netzen nicht Wirklichkeit werden.

„Wir sind hergekommen, um der Öffentlichkeit und der Politik zu zeigen, dass in der Energiewirtschaft Menschen arbeiten, dass Entscheidungen anstehen, die die Beschäftigten betreffen“, sagt Dietrich Herd, Sprecher des Arbeitskreises der Betriebsräte der EnBW. Viele der Kolleginnen und Kollegen hätten den Eindruck, die Politik habe nur die wirtschaftlichen Ergebnisse im Blick, nicht, dass es um Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen geht. Auch Barba-

ra Neumann, Betriebsrätin der Stadtwerke Kiel, will vor allem zeigen, dass viel auf dem Spiel steht: Wenn die Anreizregulierung so umgesetzt wird, wie derzeit geplant und die EU-Vorstellungen zur Entflechtung Wirklichkeit werden, „dann sterben die Stadtwerke“.

### Zeche zahlen die Beschäftigten

Kein Wunder, dass während der Kundgebung besonders jene Passagen in den Reden mit heftigem Beifall und zustimmenden Pfiffen unterstützt werden, die Arbeitsplätze und Zukunft der Stadtwerke thematisieren. Zum Beispiel, wenn ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske zeigt, dass die Netze, die die Stadtwerke abgeben müssten, im Grunde nur von Kapitalfonds gekauft werden können, Kapitalfonds wiederum in der Regel nur ihre Renditen im Blick haben. Für die kommunale Querverbundfinanzierung würde die Entflechtung der Netze das Aus bedeuten. Und

viele Arbeitsplätze wären gefährdet. Lautstarke Zustimmung ist auch zu hören, wenn es um den Energiestandort Deutschland geht. Denn den Beschäftigten der Energiewirtschaft ist es vollkommen unverständlich, wenn sichere deutsche Anlagen abgeschaltet, dafür aber Energie aus Nachbarländern eingekauft werden soll, deren Anlagen weniger sicher sind und die Umwelt stärker belasten. „Im Zweifelsfall ist die Stromproduktion in deutschen Kraftwerken mit hohen Umwelt- und Sicherheitsstandards der bessere Weg“, sagt Bsirske und spricht den Beschäftigten der Energiewirtschaft aus der Seele.

Oder wenn Bsirske auf die Gewinne der Energieunternehmen eingeht. Nein, es passt einfach nicht zusammen, dass die Unternehmen aufstöhnen, wenn die Bundesnetzagentur die beantragten Netzentgelte zusammenkürzt – und wenige Tage später verkünden sie satte Gewinne. Da ist noch

Luft, müssen Netzagentur und Verbraucher annehmen. Die Zeche zahlen die Beschäftigten, an ihnen werden die Betriebe sparen. Denn die Aktionäre werden auf ihren Gewinn nicht verzichten – auch nicht die kommunalen Anteilseigner.

Sensibilisieren, den Politikern im Bund und in den Ländern die Auswirkungen vor Augen führen. Das steht auch in den kommenden Wochen auf dem Programm der Betriebsräte aus den Stadtwerken und Energieversorgungsunternehmen, der Gewerkschaftsvertreter und Vertreter der Städte. Dazu beitragen, dass die Politik korrigiert wird und die Weichen richtig gestellt werden. Es ist nicht das erste Mal, dass die Stadtwerke zur Disposition stehen, erinnert sich Mannheims Oberbürgermeister Gerhard Widder. Damals konnte es verhindert werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wollen alles daran setzen, dass es diesmal auch gelingt. JANA BENDER



# Anlass zu tiefer Sorge

ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske: Energiestandort Deutschland stärken



ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske

**Der Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, hat heftigen Widerstand gegen die Pläne der EU und des Bundeswirtschaftsministeriums zur Energiewirtschaft angekündigt.**

„Wer glaubt, die Ergebnisse der Regulierung einfach mal eben auf dem Rücken der Beschäftigten abladen zu können, wird auf unseren Widerstand treffen“, betonte Bsirske vor den 25 000 Beschäftigten der Energiewirtschaft, die am 7. Februar zur ver.di-Kundgebung nach Berlin gekommen waren.

Nach Bsirskes Worten werden nicht nur die Pläne des Bundeswirtschaftsministeriums zur sogenannten Anreizregulierung „Anlass zu tiefer Sorge“. Auch die Initiativen zur Entflechtung der Stromunternehmen und die Ausgestaltung des Handels mit Verschmutzungsrechten seien äußerst bedenklich. Stets werde massiv in die Arbeitsplätze und die Arbeitsbedingungen in der deutschen Energiewirtschaft eingegriffen.

Bsirske betonte, ver.di habe die Regulierung der Netzdurchleitung und

der Netzentgelte stets befürwortet. Allerdings müsse die Regulierung auch die Qualität der Versorgung und guten Service im Blick haben, nicht nur niedrigere Kosten. Doch genau das sei der Fall: „Die Unternehmen sollen nur einen Anreiz bekommen – nämlich Kosten runter, koste es, was es wolle.“ Dabei fielen die Förderung der erneuerbaren Energien, Investitionen in die Versorgungssicherheit und auch soziale Kriterien sichtlich unter den Tisch. Mehr noch: Auch Kosten, die durch Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen bedingt sind, sollen den Plänen zufolge reguliert werden können. „Das ist ein Verstoß gegen die Tarifauto-

nomie“, sagte der ver.di-Chef. Zudem will sich die Regulierungsbehörde immer am Branchenbesten orientieren und nicht am Durchschnitt der Unternehmen. Das aber hat nach Bsirskes Worten einen Verdrängungswettbewerb zur Folge. Und er prophezeit: „Vor allem kleinere Stadtwerke werden auf der Strecke bleiben.“ Das aber wiederum habe Auswirkungen auf die Kommunen.

Dennoch finanziert ein Großteil ihrer Daseinsvorsorge wie Kitas, Bäder oder auch der Busse und Bahnen über Einnahmen aus den Stadtwerken. Wenn aus den Stadtwerken kein Geld zur Quersubventionierung mehr fließe, hätten die Bürgerinnen und Bürger das Nachsehen, die auf die Angebote der Städte angewiesen seien.

Die Brüsseler Pläne zur eigentumsrechtlichen Entflechtung von Stromerzeugung und Verteilung bezeichnete Bsirske als „paradox“. Die letzte Neuerung, die gesellschaftliche Entflechtung, sei noch nicht in Kraft, keiner wisse, ob sie funktioniert – da werde schon über den nächsten Riesenschritt gebrütet, nämlich die eigentumsrechtliche Entflechtung. Und Bsirske stellt klar: „Ein Verbot von vertikal integrierten Energieunternehmen würde der großen Mehrzahl der Stadtwerke die Existenzgrundlage nehmen.“ Und wer würde die Netze kaufen? Eigentlich hätten nur Kapitalfonds das nötige Geld. Solche Fonds seien weder an Arbeitsplätzen noch an Investitionen interessiert, sondern ausschließlich an guten Renditen.

Dass sich ver.di für Klimaschutz und eine Verminderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen stark macht, steht für Bsirske außer Frage. Bei der Verminderung von Kohlendioxid müsse es aber darum gehen, Anreize zu schaffen, damit die Kraftwerke erneuert werden, also um die notwendige Sicherheit für Investitionen. Der zweite Allokationsplan, den die EU gegenüber dem Vorschlag der Bundesregierung drastisch verschärft hat, habe zur Folge, dass ältere Kraftwerke länger am Netz blieben. Auch der Umwelt und dem Klima zuliebe ist nach Bsirskes Worten die Produktion von Strom in deutschen Kraftwerken mit hohen Umwelt- und Sicherheitsstandards besser als Importe aus Nachbarländern, wo Strom in alten Kohle- und Kernkraftwerken erzeugt werde.

Deutlich wurde Bsirske mit Blick auf die Renditen der Energieversorger: Es passe nicht zusammen, dass die Energiekonzerne an einem Tag lautstark aufstöhnen, wenn die Bundesnetzagentur beantragte Netzentgelte drastisch zusammenkürzt. Einen Tag später aber verkündeten die Firmen satte Ergebnissprünge und hohe Divi-

## Kommunen drohen Milliardenverluste

Das Ausbluten der Stadtwerke hat die Konsequenz, dass der kommunale Querverbund gleichsam „auf kaltem Wege“ ausgehebelt wird. Wenn die Gewinne der Energie-Stadtwerke herunterreguliert werden oder gänzlich ausbleiben, ist ein steuerneutraler Ausgleich der Kommunalfinzen nicht mehr möglich. Dies bedeutet für die Kommunen Mindereinnahmen von mehr als 1,5 Milliarden Euro jährlich, zahlreiche kommunale Dienste wie ein funktionierender ÖPNV und andere kommunale Einrichtungen sind akut gefährdet – und damit auch die dortigen Arbeitsplätze. Deshalb demonstrieren die Beschäftigten der kommunalen Verkehrs-, Bäder- und anderer Dienstleistungsbetriebe mit uns.

dendenausschüttungen. „Das ist eine Einladung an die Regulierer in der nächsten Runde noch einmal kräftig nachzulegen.“ Die Zeche zahlen dabei die Beschäftigten, nicht die Aktionäre und Kapitalvertreter. Vor den Teilnehmern der Kundgebung pochte Bsirske darauf, den Energiestandort Deutschland mit seinen hohen Standards an Verlässlichkeit und Sicherheit zu stärken. Dazu sei es notwendig, der heimischen Energie den Vorrang zu geben, um die Importabhängigkeit nicht noch weiter zu vergrößern.

Der ver.di-Vorsitzende dringt auf moderne, effiziente Anlagen, um Umwelt und Klima zu schonen. Zudem sollen unter anderem Potenziale der Kraft-Wärme-Kopplung genutzt und erneuerbare Energien ausgebaut werden. Daneben setzt Bsirske auf Energie-sparen: „Würde man alle Altbauten in Deutschland mit modernen Dämmstoffen ausstatten und mit weiteren Komponenten sanieren, könnten über 80 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden.“ Dies entspräche der Hälfte der jährlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen des gesamten Verkehrs in Deutschland und stelle ein Drittel des deutschen Anteils an den Kyoto-Zielen dar. (Die komplette Rede ist unter [www.verdi.de](http://www.verdi.de) nachzulesen).



Beschäftigte der Energiewirtschaft sehen ihre Arbeitsplätze in Gefahr.

GERHARD WIDDER

## Regulierung überzogen

„Ein funktionierender Wettbewerb braucht die Stadtwerke als Wettbewerber, und die Stadtwerke brauchen verlässliche Grundlagen für Investitionen.“ Gerhard Widder lässt keine Zweifel aufkommen: Er ist strikt gegen die Regulierungspläne des Wirtschaftsministeriums.

Denn diese Regulierung ist überzogen, gefährdet die wirtschaftliche Basis der Stadtwerke und damit auch Arbeitsplätze und Investitionen. In den vergangenen Jahren seien bereits viele Arbeitsplätze in der kommunalen Energiewirtschaft abgebaut worden. Es dürfe nicht dazu kommen, dass die Unternehmen Beschäftigte betriebsbedingt kündigen müssten.

Widder verweist zudem auf die Einnahmen, die die Städte aus den Energieunternehmen erzielen. Mit diesem Geld finanzieren die Kommunen viele Aufgaben der Daseinsvorsorge – Theater zum Beispiel oder den öffentlichen Nahverkehr. Finanzielle Einbußen als Folge einer überzogenen Regulierung betreffen alle Bürger einer Stadt. „Die deutsche Kommunalfinanzierung stützt sich auf die Erträge der Stadtwerke. Ohne sie wäre der ÖPNV in der bisherigen Form nicht aufrechtzuerhalten.“

Gerhard Widder ist Oberbürgermeister der Stadt Mannheim und Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU).

PETER ARNOLD

## Tarifautonomie

Nicht nur die Automobilbauer sind eine wichtige Branche. Auch die Energieversorger und Stadtwerke sind für den Arbeitsmarkt von großer Bedeutung. Deshalb müssen sich auch Politiker bei der EU für deutsche Interessen in der Energieversorgung stark machen – so wie sie es für die Automobilindustrie tun, meint Peter Arnold. Er forderte von der Politik Planungssicherheit für die Energieversorgungsunternehmen.

„Hört auf mit dem Märchen, Regulierung in der Energiewirtschaft brächte volkswirtschaftliche Vorteile und positive Markteffekte.“ Denn Arnold kann nur Nachteile erkennen: Die kommunale Infrastruktur ist ohne die Quersubventionierungen nicht mehr bezahlbar – die Leidtragenden sind die Bürgerinnen und Bürger; die Aufträge der Energieunternehmen an das regionale Handwerk und den Dienstleistungssektor gehen drastisch zurück – was sich auf Arbeitsplätze auswirken wird. Eine Deckelung der Lohnzusatzkosten ist nicht nur ein Angriff auf die Tarifautonomie. Tarifflucht und der Verlust sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung wird für Arnold die Konsequenz dieser Politik sein: „Wir sind willens und in der Lage, für den Erhalt unserer Arbeitsplätze und der Daseinsvorsorge zu kämpfen.“ Peter Arnold ist Betriebsratsvorsitzender der MAINOVA AG in Frankfurt am Main

JOHANNES SLAWIG

## Nicht mehr bezahlbar

Massive Einschnitte in die kommunale Daseinsvorsorge sagt Johannes Slawig für den Fall voraus, dass die Anreizregulierung wie geplant umgesetzt wird. Beispiel Wuppertal: Jahr um Jahr fließen Erlöse der Stadtwerke in den öffentlichen Nahverkehr der Stadt. Werden die Nutzungsentgelte drastisch gesenkt, fehlt das Geld für den ÖPNV. Die Folge: Einschnitte beim Angebot von Bussen und Bahnen sowie gleichzeitig deutlich höhere Preise oder massive Einsparungen in anderen Teilen des Haushaltes. Für Slawig müssen die Stadtwerke weitere Anstrengungen unternehmen, ihre Wirtschaftlichkeit zu verbessern: „Die Anreizregulierung muss aber so ausgestaltet sein, dass auch die Stadtwerke eine Überlebenschance haben und dass Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge noch bezahlt werden können.“ Johannes Slawig ist Kämmerer und stellvertretender Oberbürgermeister in Wuppertal.

RAINER JANSSEN

## Falsche Weichen

In der deutschen Energiewirtschaft bahnt sich laut Rainer Janssen eine Entwicklung an, die zulasten der Versorgungssicherheit und der Beschäftigung geht. „Weniger Erlöse bedeuten immer weniger Investitionen, weniger Personal und weniger Qualität“, stellt er fest. Um die hohen Einnahmeverluste zu kompensieren, sehen viele Energieunternehmen nur einen Weg: runter mit den Investitionen, runter mit der Beschäftigtenzahl. Der Kostendruck ist nach Janssens Worten bereits heute deutlich zu spüren. Er appelliert an die Politik, die Verordnung zur Anreizregulierung ausgewogen zu gestalten. „Falsch gestellte Weichen werden schlimme Folgen haben. Absolute Priorität muss eine Politik haben, die dem Erhalt und der Schaffung von Arbeitsplätzen dient und die Versorgungssicherheit langfristig auf einem hohen Niveau hält.“ Rainer Janssen ist Betriebsrat der EWE AG in Oldenburg.

KLAUS WEFELMEIER

## Billig-Politik

Die Beschäftigten der Energiewirtschaft wollen laut Klaus Wefelmeier nicht nur die Versorgung, sondern auch deren Qualität sichern. „Mit Richtlinien, Gesetzen und Verordnungen, die die Beschäftigten nur als lästige Kostenfaktoren sehen, die Investitionen in Netze und Kraftwerke gefährden und die kommunale Familie weiter trennen und ärmer machen – damit werden diese Ziele nicht erreicht.“ Er ist sich sicher: „Weniger Wettbewerb, weniger Umweltschutz und weniger kommunale Dienstleistungen wird der Erfolg der Billig-Politik sein.“ Wefelmeier kündigte weitere Aktionen an, mit denen die Beschäftigten sich für ihre Arbeitsplätze einsetzen: „Wir sind aktionsfähig. Mit uns muss die Politik rechnen, heute in Berlin am 8. März in Düsseldorf“, sagte er unter großem Beifall. Klaus Wefelmeier ist Vorsitzender des Bundesfachbereichs Ver- und Entsorgung und der Bundesfachgruppe Energiewirtschaft.